

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Nach Trump-Wahl: Außen- und VerteidigungsministerInnen beraten über gemeinsame Sicherheitspolitik](#)

2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [UN-Klimakonferenz in Marrakesch](#)

3

##### Rat der EU

- [Rat Wirtschaft und Finanzen: Wichtigste Ergebnisse](#)

3

##### Europäische Kommission

- [Kommission verabschiedet Erweiterungspaket 2016](#)
- [Kommission genehmigt Beihilfen für österreichischen Flughafen Klagenfurt](#)
- [Kommission erhöht Mittel zur Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der EU](#)
- [Kommission veröffentlicht Herbstprognose zum Wirtschaftswachstum](#)
- [Fortschrittsbericht zur Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen](#)
- [Öffentliche Konsultation: Maßnahmen gegen aggressive Steuerberater](#)

4

4

5

5

6

6

##### Sonstiges

- [Die Alpenkonvention feiert 25-jähriges Jubiläum unter österreichischem Vorsitz](#)
- [Österreichischer Städtebund zu Gast im Vertretungsbüro in Brüssel](#)
- [„Breakfast at Sustainability's“ - ICLEI zu Gast im Vertretungsbüro in Brüssel](#)

7

7

8

##### Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#)

9

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

##### Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

10

##### Tagesordnungen der Institutionen

11

##### Impressum und Abbildungsverzeichnis

11

*Tirol-Büro Brüssel  
Rue de Pascale 45  
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*

*Fax: 0032 2 742 09 80*

*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*

# Thema der Woche

## Nach Trump-Wahl: Außen- und VerteidigungsministerInnen beraten über gemeinsame Sicherheitspolitik

Beim Treffen der EU-Außen- und VerteidigungsministerInnen am 13. November 2016 wurde über eine engere Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik diskutiert. Des Weiteren stand der Umgang mit den jüngsten Entwicklungen in der Türkei auf der Tagesordnung des Rates für auswärtige Angelegenheiten am 14. November 2016.



Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat nach dem Wahlsieg von Donald Trump in den USA ein Sondertreffen der EU-AußenministerInnen vorgeschlagen. Das Treffen fand am Sonntagabend unter dem Vorsitz der EU-Außenbeauftragten Frederica Mogherini in Luxemburg statt, einen Tag vor dem nächsten regulären Außenministerrat. Nach der US-Präsidentenwahl wollen die EU-Staaten ihre Bemühungen für eine gemeinsame Sicherheitspolitik weiter vorantreiben. Europa könne sich keine abwartende Haltung leisten, sagte Mogherini hinsichtlich des noch ungewissen außenpolitischen Kurses des künftigen US-Präsidenten Donald Trump. Im Wahlkampf hatte Trump wiederholt die Führungsstärke von Russlands Präsident Wladimir Putin gelobt, den Rückzug aus dem Atomabkommen mit dem Iran angekündigt und die Beistandsgarantie der Nato für Mitglieder in Frage gestellt, die nicht genug in die Verteidigung investieren. Österreichs Außenminister Sebastian Kurz kritisierte das

Sondertreffen als verfrüht. Noch sei unklar, welche Ankündigungen aus dem Wahlkampf Trump tatsächlich aufgreife und was einfach nur Wahlkampf bleiben werde, so Kurz. Des Weiteren hat der österreichische Außenminister in der Diskussion um die Schaffung einer EU-Armee die österreichische Neutralität betont.

Abwarten heißt es für die EU-AußenministerInnen auch in puncto Türkei. Zwar gibt es zunehmend Kritik an den Grundrechtsverletzungen durch die türkische Regierung, wie im jüngsten "Erweiterungsbericht" der Kommission aufgezeigt wurde. Das Außenministertreffen in Brüssel hat jedoch keine Einigkeit zum Umgang mit der Türkei gebracht. Kurz sieht derzeit keine Chance weder für weitere EU-Beitrittsverhandlungen noch für eine Visabefreiung für die Türkei. Während sich der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn ähnlich kritisch zur Türkei äußerte, mahnte Großbritannien dagegen zur Zurückhaltung.



# Europäisches Parlament

## UN-Klimakonferenz in Marrakesch

Weniger als ein Jahr nach dem Beschluss des Pariser Klimavertrags beraten die Staaten der Welt diese Woche auf der UN-Klimakonferenz COP22 in Marrakesch über seine Umsetzung. Eine Delegation von EU-Abgeordneten nimmt am Weltklimagipfel in Marokko teil.

Eine Delegation von zwölf EU-Abgeordneten ist unter der Leitung des italienischen EU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Umweltausschusses, Giovanni La Via (EVP), diese Woche bei der UN-Klimakonferenz COP22 in Marrakesch. Ein Schlüsselement der Verhandlungen sind die national erarbeiteten Klimapläne (Nationally Determined Contributions, NDCs) der Länder. Die Herausforderung liegt darin, Klimaziele und geplante Maßnahmen messbar und miteinander

vergleichbar zu machen ("gemeinsame Berichtsstandards"). Ein weiterer wesentlicher Punkt der Verhandlungen ist die Intensivierung der Klimaschutzmaßnahmen noch vor 2020. Die meisten nationalen Klimapläne, die von den Ländern vor dem Pariser Klimagipfel vorgelegt worden waren, beziehen sich auf den Zeitraum ab 2020.

[Mehr Informationen](#)

# Rat der EU

## Rat Wirtschaft und Finanzen: Wichtigste Ergebnisse

Bei seiner letzten Tagung am 8. November 2016 einigte sich der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter anderem auf Kriterien für die Erstellung einer EU-Liste nicht kooperativer Länder in Sachen Steuerhinterziehung. Des Weiteren wurde über faire Unternehmensbesteuerung diskutiert.

Seit den Enthüllungen der Panama Papers hat Europa den Kampf gegen unfaire Steuerpraktiken verschärft. Der Rat für Wirtschaft und Finanzen hat eine Reihe von Steuerthemen diskutiert und zwei Entscheide getroffen. So hat er sich auf Kriterien geeinigt, auf deren Basis die geplante „schwarze Liste“ von „nichtkooperativen Steuergebieten“ erstellt werden soll. Des Weiteren erfolgte im Rat auch eine Beratung über das umfassende Paket zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Die Vorschläge wurden grundsätzlich begrüßt, jedoch wurden von einigen Mitgliedstaaten Bedenken hinsichtlich der

möglichen Auswirkungen einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage bekundet. Außerdem erzielte der Rat eine Einigung über einen Vorschlag zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug beim Zugang zu Informationen. Konkret soll den Steuerbehörden Zugang zu Informationen gewährt werden, die sich im Besitz von Behörden befinden, die für die Verhinderung der Geldwäsche zuständig sind.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## EU-Kommission verabschiedet Erweiterungspaket 2016

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 9. November 2016 ihre jährlichen Fortschrittsberichte zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit den westlichen Balkanländern und der Türkei. Das Paket besteht aus einem Strategiepapier sowie sieben Länderberichten.

Die EU-Kommission zeigt sich "schwer besorgt" über die jüngsten Entwicklungen in der Türkei. Es seien deutliche Rückschritte hinsichtlich der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte zu verzeichnen. Die Kommission hält aber dennoch an den Beitrittsverhandlungen mit Ankara fest. Ferner empfahl die Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien. Dies setzt allerdings glaubwürdige und

greifbare Fortschritte bei der Durchführung der Justizreform voraus. Des Weiteren stellt die Kommission Serbien die Eröffnung weiterer Beitrittskapitel in Aussicht. Lob gibt es ebenso für Kosovo. Besorgt äußert sie sich hingegen über die Entwicklungen von Mazedonien und Montenegro.

[Mehr Informationen](#)

## Kommission genehmigt Beihilfen für österreichischen Flughafen Klagenfurt

Die Europäische Kommission stellte am 11. November 2016 fest, dass Österreichs öffentliche Finanzierungsmaßnahmen zugunsten des Flughafens Klagenfurt mit den EU-Beihilfenvorschriften im Einklang stehen.

Die EU-Kommission hat Österreichs Beihilfen für den Flughafen Klagenfurt gebilligt. Die beihilferechtliche Untersuchung zeigte, dass der Flughafen Klagenfurt ein wichtiger Faktor für die Entwicklung und Anbindung Kärntens ist. Da er in einer Gebirgsregion liegt, seien die Fahrzeiten zu anderen Flughäfen, vor allem im Winter, lang (der nächste Flughafen liegt im rund 80 km entfernten Ljubljana). Die Maßnahmen fördern die Anbindung der Region, ohne den Wettbewerb im Binnenmarkt übermäßig zu verfälschen, erklärte die Kommission.

Allerdings stellte die Kommission fest, dass bestimmte Vereinbarungen zwischen dem Flughafenbetreiber und Ryanair, HLX und Tuifly diesen Fluggesellschaften einen ungerechtfertigten Vorteil verschafften. Konkret fordert die EU-Kommission die betroffenen Airlines nun dazu auf, die unzulässigen Beihilfen in Höhe von insgesamt 12,7 Millionen Euro an Österreich zurückzuzahlen.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Kommission erhöht Mittel zur Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der EU

**2017 sollen umfangreichere Mittel für die Absatzförderung von EU-Agrarerzeugnissen außerhalb und innerhalb der EU sowie zur weiteren Erschließung neuer Märkte bereitgestellt werden. Die Europäische Kommission sieht 22 Mio. Euro mehr für die Absatzförderung gegenüber dem vergangenen Jahr vor.**

Die Kommission nahm die Strategie zur Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der EU für das Jahr 2017 an. Neben der Aufstockung der Mittel für 2017 (133 Mio. EUR gegenüber 111 Mio. EUR im Jahr 2016), werden zusätzliche 9,5 Mio. EUR für direkt von der Kommission verwaltete Absatzförderungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt (z. B. EU-Pavillons auf Messen in Drittländern). Mit diesen Mitteln sollen mehrere Programme kofinanziert werden. Von den 133 Mio. Euro sind rund 63

Mio. Euro für einfache Absatzförderungsmaßnahmen auf Drittlandsmärkten vorgesehen. Ein weiteres neues Element für 2017 ist ein Zuschlag (15 Mio. EUR) für Absatzförderungsprogramme zur Sensibilisierung für eine nachhaltige Landwirtschaft und die Rolle der Landwirtschaft bei Klimaschutzmaßnahmen auf dem Binnenmarkt.

[Mehr Informationen](#)

## Kommission veröffentlicht Herbstprognose zum Wirtschaftswachstum

**Die Europäische Kommission geht für die kommenden Jahre weiter von einem moderaten Wirtschaftswachstum aus. Für 2016 erwartet die Kommission ein Wachstum der Wirtschaftsleistung in der Eurozone um 1,7 Prozent.**

Die Kommission geht von einem Wachstum der Wirtschaftsleistung in der Eurozone von 1,7 % für 2016, 1,5 % für 2017 und 1,7 % für 2018 aus. Die österreichische Wirtschaft soll laut Prognose 2017 um 1,6 % wachsen. Für das laufende Jahr erwartet die Kommission ein BIP-Wachstum von 1,5 %. In ihrem Länderbericht zu Österreich weist die Kommission darauf hin, dass der Privatkonsum der Hauptantrieb für die Entwicklung sei. Der Aufwärtstrend des Landes seit 2015 habe beibehalten werden können.

Allerdings hätten sich die Exporte im ersten Halbjahr 2016 schwach entwickelt. Für die gesamte EU sieht die Kommission unter anderem bei den Arbeitslosenzahlen einen Grund zur Hoffnung - allerdings nicht in Österreich. Die österreichische Arbeitslosenrate wird nämlich aus Sicht der Kommission zunehmen: Von 5,9 % heuer auf 6,1 % nächstes Jahr.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Fortschrittsbericht zur Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen

**Die Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen in der EU kommt voran, die Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen aber weiter intensivieren. Zu diesem Ergebnis kommt die Europäische Kommission in ihrem am 9. November 2016 vorgelegten Fortschrittsbericht.**

Mit weiteren 1.157 Personen, die seit dem letzten Bericht neu angesiedelt wurden, sind die Mitgliedstaaten ihrer Zusage, legale Migrationsmöglichkeiten für Schutzbedürftige zu schaffen, weiter nachgekommen. Damit sind insgesamt 11.852 Personen in 21 Staaten, darunter auch Österreich, neu angesiedelt worden. Bei der Umverteilung hat sich der insgesamt positive Trend der letzten Monate mit weiteren 1.212 Umsiedlungen während des Berichtszeitraums

bestätigt. Es seien jedoch weitere Anstrengungen der Mitgliedstaaten erforderlich, um den Verpflichtungen nachzukommen, so die Kommission. Mit der Umverteilung sollen insbesondere Italien und Griechenland entlastet werden, in denen mit Abstand die meisten Flüchtlinge zuerst europäischen Boden betreten.

[Mehr Informationen](#)

## Öffentliche Konsultation: Maßnahmen gegen aggressive SteuerberaterInnen

Die EU-Kommission leitete am 10. November 2016 eine Konsultation zu „Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und -intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien“ ein. Die Konsultation läuft bis zum 16. Februar 2017.

Gefragt wird, wie die EU gegen BeraterInnen und Intermediäre vorgehen soll, die Hilfe bei der Steuerhinterziehung und -umgehung leisten. Hintergrund ist die Beteiligung von Intermediären an legalen, aber auch illegitimen oder sogar illegalen Steuervermeidungsstrategien ihrer MandantInnen. Intermediäre können u.a. SteuerberaterInnen, UnternehmensberaterInnen oder RechtsanwältInnen sein. Die EU-Kommission erwägt insbesondere die Einführung einer

Offenlegungsregelung. Diese würde Intermediäre verpflichten, über Modelle, die als aggressive oder missbräuchliche Steuerpraktiken angesehen werden könnten, frühzeitig Auskunft zu geben. Außerdem soll über wirksame Abschreckungsmaßnahmen für jene, die aggressive Steuerplanungsmodelle unterstützen, als auch diejenigen, die diese nutzen, nachgedacht werden.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Die Alpenkonvention feiert 25-jähriges Jubiläum unter österreichischem Vorsitz

Im Oktober 2016 hat Österreich offiziell die Präsidentschaft der Alpenkonvention übernommen. Der österreichische Vorsitz, der zwei Jahre dauert, steht unter dem Motto „Schützen und Nützen“.

Österreich will auf den bisherigen Arbeiten aufbauen und einige neue Impulse setzen. Dazu zählt die Rolle der Frauen in Bergregionen. Im Mittelpunkt steht hier die Frage, wie Frauen die Aktivitäten im Alpenraum ökologisch, ökonomisch und kulturell prägen, aufrechterhalten und verbessern. Die schweren Hochwasser- und Muren-Ereignisse im heurigen Jahr haben gezeigt, wie stark der Alpenraum und die

BewohnerInnen von Naturkatastrophen betroffen sind. Daher wird sich der nächste Alpenzustandsbericht dem Thema „Risiko Governance im Naturgefahrenkontext“ widmen. Auch der Klimaschutz wird ein wichtiger Schwerpunkt darstellen. Um diese thematische Fokussierung einzuleiten, wird ein alpenkonventionseigener „Klima-Beirat“ eingesetzt.

[Mehr Informationen](#)

## Österreichischer Städtebund zu Gast im Vertretungsbüro in Brüssel

Am 11. November 2016 war der Österreichische Städtebund zu Gast im gemeinsamen Vertretungsbüro Tirol-Südtirol-Trentino in Brüssel.



Nach den einleitenden Worten von Simone Wohleser, Leiterin des Europabüros des Österreichischen Städtebundes, wurden von Richard Seeber, Leiter des Tirol-Büros, und Michaela Kauer, Leiterin des Verbindungsbüros

Wien, die Tätigkeiten der Verbindungsbüros vorgestellt.



[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Sonstiges

## „Breakfast at Sustainability's“ - ICLEI zu Gast im Vertretungsbüro in Brüssel

Am 9. November 2016 fand im Vertretungsbüro in Brüssel die Veranstaltung „Breakfast at Sustainability's“ statt. Als Vortragende zu Gast waren unter anderem MEP Herbert Dorfmann und Bruno Oberhuber, Geschäftsführer des Vereins Energie Tirol.



Die gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino hat in Kooperation mit ICLEI, dem internationalen Verband für nachhaltige Entwicklung und Umwelt, eine Konferenz zum Thema Kreislaufwirtschaft organisiert. Das ExpertInnenpannel setzte sich unter anderem aus MEP Herbert Dorfmann, Joanna Drake, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission und Bruno Oberhuber,

Geschäftsführer von Energie Tirol, zusammen. Den über 100 TeilnehmerInnen wurde im Rahmen der Veranstaltung auch das Tiroler Energiepaket 2050 vorgestellt. Im Kern von „Tirol 2050 energieautonom“ steht die Formel „50/30“. Bis zum Jahr 2050 soll der Energieverbrauch in Tirol halbiert und der Anteil an erneuerbaren Energieträgern um 30 % erhöht werden. Um das große Ziel zu erreichen, braucht es einen breiten Dialog, starke Netzwerke und kontinuierlichen Wissens- und Erfahrungsaustausch, so Oberhuber. Ziel der Veranstaltung war es, interaktiv zu untersuchen, wie regionale und lokale Akteure eine aktive Rolle einnehmen können, um das Modell der Kreislaufwirtschaft zu verwirklichen. Dieses wurde im vergangenen Jahr im EU Paket zur Kreislaufwirtschaft und dem EU Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft angenommen.

[Mehr Informationen](#)



# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#) 10.11.2016 – 16.02.2017

[Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union](#) 28.10.2016 – 27.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT](#) 28.10.2016 – 28.01.2017

[Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern](#) 28.10.2016 – 23.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie](#) 21.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung von Horizont 2020](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#) 12.10.2016 – 11.01.2017

[Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle](#) 07.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Eignung der EU-Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Effizienz im Seeverkehr](#) 07.10.2016 – 08.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen](#) 30.09.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Aufzugrichtlinie 95/16/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation im Rahmen der REFIT-Bewertung der Zoo-Richtlinie \(Richtlinie 1999/22/EG des Rates über die Haltung von Wildtieren in Zoos\)](#) 15.09.2016 – 08.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport](#) 05.09.2016 – 11.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Umsetzung eines EU-Systems zur Rückverfolgbarkeit sowie zu Sicherheitsmerkmalen im Sinne der Artikel 15 und 16 der Richtlinie 2014/40/EU über Tabakerzeugnisse](#) 29.07.2016 – 04.11.2016 .2016 – 21.11.2016

[Zentraler digitaler Zugang](#) 26.07.2016 – 21.11.2016

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#) 08.03.2016 – 31.12.2016



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Verkehr

Forschung, Luftfahrtindustrie, Luftfahrt, Innovation, Energieeffizienz, Schiffe, Straßensicherheit, nachhaltige urbane Mobilität, ICT, Logistik, Widerstandsfähigkeit, Transportinfrastrukturen, Big Data, Häfen, Barrierefreiheit, Inklusion, Gleichheit	<a href="#"><u>2016-2017 MOBILITY FOR GROWTH*</u></a>	26/01/2017	Forthcoming
Infrastruktur, Automatismen, Transport, urbane Straßen	<a href="#"><u>2016-2017 AUTOMATED ROAD TRANSPORT*</u></a>	26/01/2017	€ 111.000.000
Forschung im Bereich Straßenverkehr, technologische Entwicklung, Energieeffizienz, nichtkonventionelle Energiequellen, Elektrizität, erneuerbare Treibstoffe, Emission	<a href="#"><u>2016-2017 GREEN VEHICLES*</u></a>	01/02/2017	€ 128.000.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

## Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

---

### Abbildungsverzeichnis

<http://brf.be/national/1038773/>  
<https://www.tagesschau.de/ausland/eu-aussenminister-trump-101.html>

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Michaela Moosbrugger